



Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnis

Internationaler Frauentag

HINTERGRÜNDE · BERICHTE · AKTUELLES · PROGRAMM

روز جهانی زن | International woman's day | يوم النساء العالمي | Hemu roja jina ciyane | Ngày Quốc tế Phụ nữ | международный женский день | el día internacional de la mujer | Dünya kadınlar günü

EDITORIAL



LIEBE LESER_INNEN,
wir freuen uns, euch die Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnisses zum Internationalen Frauentag präsentieren zu können. Das Bündnis besteht aus einer bunten Vielfalt von Organisationen, die sich frauenpolitisch und feministisch engagieren. In der jährlich erscheinenden Zeitung zum Internationalen Frauentag finden sich Artikel und Hinweise auf Veranstaltungen rund um den Internationalen Frauentag.

Der Internationale Frauentag am 8. März ist der weltweite Aktionstag für die Selbstbefreiung der Frauen in aller Welt. Schon seine Entstehung ist international: anknüpfend an Frauenproteste in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA, über eine sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 bis 1921 in Moskau, wo der 8. März als Internationaler Frauentag festgelegt wurde. An diesem Tag hatten russische Textilarbeiterinnen im Jahre 1917 für ihre eigenen Rechte und gegen den Krieg gestreikt.

Im Laufe dieser gut 100 Jahre veränderte sich der Internationale Frauentag immer wieder. Er war Kampftag, geriet ins Vergessen, stärkte Frauen im Faschismus und im Exil, wurde zu einem alternativen Mutter- und -feiertag und in den 80er Jahren von der autonomen Frauenbewegung wieder zum Kampftag gemacht. Bis heute organisieren sich Frauen international für Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit. In dieser Tradition gibt es 2015 in Hannover und in der Region nach mehreren Jahren wieder eine Auftaktkundgebung im öffentlichen Raum und wie immer viele Aktivitäten und Veranstaltungen.

Unter dem Motto »Kein Mensch ist illegal – Solidarität mit Geflüchteten und in ihrer Existenz bedrohten Frauen weltweit« nehmen sich Frauen am Samstag, 7. März 2015 den Raum und Frauen* mit und ohne eigene Fluchterfahrung richten den Blick auf (weibliche) Fluchtursachen, Gefahren und Hindernisse, denen Frauen auf der Flucht und nach der Ankunft in Deutschland begegnen.

Wir laden Euch alle herzlich dazu ein, diesen Tag mit uns zu begehen und gemeinsam für ein menschliches Miteinander und gegen die globalen politischen, ökonomischen und sozialen Ursachen von Flucht ein Zeichen zu setzen.

Wir wünschen interessante und gute Erkenntnisse bei der Lektüre dieser Zeitung und hoffen, Euch auf unsere Auftaktkundgebung und bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Das Hannoversche Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag

Anmerkung zur Schreibweise: Mit dem Unterstrich soll im Sinne der Sichtbarmachung in der Sprache ein Raum für Geschlechtsidentitäten jenseits von »Mann« und »Frau« eröffnet werden.

Woman in Exile & Friends: Flüchtlingsfrauen werden laut

Elisabeth Ngari und Margrit Schiller, Women in Exile & Friends

Als Frauen sind wir mit Gewalt gegen Frauen konfrontiert. Dieses Schicksal teilen wir mit vielen Frauen auf der ganzen Welt. Aber gleichzeitig erleben wir, dass Flüchtlingsfrauen in Deutschland durch diskriminierende Gesetze und die Unterbringung in Lagern noch weniger vor Gewalt geschützt sind als andere Frauen. In den Lagern fehlt es oft am Notwendigsten: keine Möglichkeit etwas zu lernen oder etwas zu tun, keine Deutschkurse, keine Schule für die Kinder. Und es fehlt ein Minimum an Privatsphäre. Damit sind Frauen Gewalt und sexueller Belästigung ausgesetzt, ohne dass sich jemand für ihren Schutz verantwortlich fühlt.

Deshalb fordern wir: Keine Lager für Frauen, alle Lager abschaffen!

Wir, Women in Exile & Friends, sind eine feministische Flüchtlingsfrauengruppe, die seit zwölf Jahren in Brandenburg und Berlin als autonome Organisation besteht, Hilfe zur Selbsthilfe gibt und solidarische Strukturen gegen Rassismus und Sexismus versucht zu entwickeln. Seit vier Jahren führen wir eine Kampagne zur Abschaffung der Lager, und seit 2013 bauen wir eine Vernetzung mit anderen Flüchtlingsfrauen in Deutschland auf.

Ein wichtiger Schritt dabei war die Flobtour, die wir zusammen mit Heinz Ratz und seiner Band »Strom und Wasser« letzten Sommer über Kanäle und Flüsse quer durch Deutschland unternommen haben. Auf dieser Reise suchten

wir in Heimen und Lagern Kontakt zu anderen Flüchtlingsfrauen, abends sangen sie auf den Konzerten und erzählten von ihren Erfahrungen. Unterwegs wurde die Gruppe größer, denn weitere Flüchtlingsfrauen und Unterstützerinnen schlossen sich an: manche für ein oder zwei Tage, andere für ein oder zwei Wochen und einige sogar bis zum Ende. Es gab auch welche, die mitkommen wollten, aber keine Erlaubnis bekamen, ihren Bezirk zu verlassen. Für die, die mitmachen konnten, war es eine oft überwältigende Erfahrung, mit so vielen Frauen gemeinsam Solidarität zu erfahren und zu schaffen – gegen die oft viele Jahre dauernde Isolation und Ungewissheit in den Lagern.

Flüchtlingsfrauen fordern Schutz vor Gewalt für alle Frauen und Menschenrechte für Flüchtlinge

Die Gesetze gegen Flüchtlinge aus dem letzten Jahr folgen einem »neuen« Grundprinzip: Verletzung von elementaren Grundrechten für die einen – graduelle Verbesserungen für die anderen.

Das deutsche Asylsystem spaltet Flüchtlinge und MigrantInnen:

Asylsuchende werden nach Nützlichkeitskriterien sortiert – zum Beispiel Türen auf für Jugendliche und Hochqualifizierte, Grenzen dicht für alle anderen. Asylsuchende Frauen haben in diesem Auswahlssystem besonders schlechte Karten, denn sie haben in vielen Ländern der Welt wenig Zugang zu Bildung.



Wir Flüchtlinge lassen uns nicht spalten in richtige und falsche, in erwünschte und unerwünschte Asylsuchende. Wir haben alle ein Recht auf Schutz und auf ein menschenwürdiges Leben. Wir, Aktivistinnen mit und ohne Fluchterfahrung, bekämpfen die spalterischen, rassistischen Gesetze zusammen.

Women in Exile & Friends hat eine Homepage: www.women-in-exile.net

Dort stellen wir Informationen für Flüchtlingsfrauen und andere Aktivistinnen in mehreren Sprachen bereit und informieren aus feministischer Perspektive über aktuelle flüchtlingspolitische Ereignisse und Aktionen. ●

Kontakt:
info@women-in-exile.net

Frauenspezifische Fluchtursachen

Entnommen einer Internetveröffentlichung von »agisra e.V. Köln« – »Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung«



»Weltweit sind mehr als 45 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als die Hälfte davon sind Frauen und Kinder. Von diesen Frauen fliehen

die meisten innerhalb ihres Landes oder in benachbarte Länder, hauptsächlich in Flüchtlingslagern. Nur wenige erreichen Europa. In Deutschland sind ca. 30% aller Flüchtlinge Frauen. Frauen fliehen genau wie Männer aufgrund von weltweiten Menschenrechtsverletzungen wie Armut, Hunger, Krieg, Folter, mangelnder Bildung und medizinischer Versorgung, Folgen von Umweltzerstörung etc.

Sie sind jedoch zudem spezifischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, die fast ausschließlich Frauen betreffen: Steinigung, Witwenverbrennung, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung, Zwangsprostitution, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation, Zwangsjungfräulichkeit, Zwangsverheiratung, Zwangsheterosexualität, Zwangsver- und -entschleierung, etc.

Sie werden verfolgt, weil sie Normen übertreten, die eng mit ihrer Sexualität ver-

knüpft sind und ihre Selbstbestimmungsrechte schwerwiegend verletzen.

Diese frauenspezifischen Menschenrechtsverletzungen wurden lange nicht als Fluchtgründe anerkannt, da bis in die frühen 90er-Jahre das Thema Gewalt gegen Frauen ausschließlich unter dem Diskriminierungsaspekt und nicht als Menschenrechtsfrage behandelt wurde. Als erster Schritt der Anerkennung frauenspezifischer Fluchtursachen gelten die Resolutionen des Europäischen Parlaments sowie des UNHCR aus den 80er-Jahren, die den Staaten empfehlen, weibliche Asylsuchende, die harte oder unmenschliche Bedingungen zu erwarten haben, weil sie gegen soziale Normen verstoßen haben, als eine besondere soziale Gruppe im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention zu betrachten. 1993 wurden die Frauenrechte im Rahmen der Weltmensenrechtskonferenz in Wien auf Druck der Frauenbewegung hin als erste internationale Erklärung veröffentlicht: Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung – Frauenrechte sind Menschenrechte! Es dauerte jedoch bis 2005, bis auch die Bundesrepublik Deutschland mit §60 des Aufenthaltsgesetzes frauenspezifische Fluchtgründe anerkannte. (...) Es zeigt sich jedoch zumeist, dass es sehr schwierig ist, diese

gesetzliche Regelung in der Praxis durchzusetzen, da die Frauen Nachweise für ihre Situation erbringen müssen. Dies ist in den meisten Fällen äußerst schwierig und belastend.

Hinzu kommt, dass sie als Flüchtlingsfrauen in Deutschland weiterhin rigiden Gesetzen unterliegen. So hatte seit 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz Geltung, welches soziale Leistungen für Asylbewerber_innen unter dem Existenzminimum festlegte – erst 2012 wurde dieses Gesetz als verfassungswidrig erklärt und die Höhe der auszuzahlenden Gelder an die Sätze des ALG II angepasst. Es bestehen noch mehr Missstände: Asylbewerber_innen haben keinen Anspruch auf die üblichen Leistungen der Krankenkasse, sondern müssen sich für jeden Arztbesuch Krankenscheine ausstellen lassen und bekommen weitaus weniger Leistungen finanziert. Auch in ihrer Bewegungsfreiheit werden sie aufgrund der Residenzpflicht und der Wohnsitzauflage auf menschenrechtswidrige Weise eingeschränkt.

Wir fordern die Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen auch in der Praxis! Wir fordern die Abschaffung von Residenzpflicht und Wohnsitzauflage! ●

Kontakt: mueller-reiss@arcor.de

AUFTAKT KUNDGEBUNG
zum Internationalen Frauentag 2015

Samstag, 7. März 11.00–13.00 Uhr Kröpcke

MOTTO:
»KEIN MENSCH IST ILLEGAL – Solidarität mit Geflüchteten und in ihrer Existenz bedrohten Frauen«

Aktionen, Statements betroffener Frauen und Musik tragen Fluchtursachen und die Fluchtsituationen von Frauen in die Öffentlichkeit.

Eine ausführliche Beschreibung findet ihr im Programmteil!

Veranstalterinnen:
Hannoversches Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag 2015

Geflüchtete Frauen

Ein Gespräch mit Abir und Fedwa, zwei sudanesischen Frauen auf dem Protest-Camp Weiße-Kreuz-Platz im August 2014 (übersetzt, gekürzt und sprachlich leicht verändert)



Mechthild Dortmund, Radio Flora

Radio Flora: Wir interessieren uns für die Situation der Frauen im Sudan. Wie habt ihr beide unter der Situation dort zu leiden gehabt und wie ist Eure Meinung zum Regime der Scharia im Sudan?

Kontakt:
mechthidd@hotmail.com

Abir: Im Sudan werden die Menschen angewiesen, muslimische Kleidung zu tragen. Doch das hat nichts mit dem Islam zu tun. Der Islam schreibt nicht vor: »Verprügle die Frau, wenn sie nicht muslimische Kleidung trägt.« Diese Regeln kommen von der Regierung, die behauptet, sie würde so handeln, weil das die muslimische Art wäre. Doch das ist nicht der Islam. (...) Auch die Kämpfe im Sudan haben ihre Grundlage nicht im Islam. Die Ursache der Kämpfe ist der Rassismus der Bevölkerungsgruppe, die die Regierung um Omar Al Bahir stellt. (...) Wieso sind aus dem Sudan zwei Staaten geworden? Weil es im Süden keine Bildung, keine medizinische Versorgung, einfach gar nichts gibt. Die grundlegendsten Bedürfnisse werden im Süden nicht gestillt. Die Regierung hat nichts für den Süden getan. Der Grund war, so denke ich, Rassismus.

Fedwa: Es gibt ein weiteres Problem im Sudan: Traditionell werden im Sudan Mädchen beschnitten. Alle Familien, alle Frauen sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, Mädchen zu beschnitten. Ich wollte nicht, dass meine Töchter beschnitten werden, deshalb bin ich aus dem Sudan geflohen und hierher nach Deutschland gekommen. Ich

wollte meine Töchter schützen. Der Prozentsatz der beschnittenen Frauen in den meisten Regionen des Sudan liegt bei 100%.

Radio Flora: Welche Situation findet ihr hier in den Asylbewerberheimen vor?

Abir: Viele Familien sind in kleinen Dörfern untergebracht. Sie leiden unter der Situation, dass dort niemand ist und es dort keine Infrastruktur gibt.

Fedwa: Doch es gibt auch Gutes. Meine Töchter gehen in die Schule und beginnen ihre Ausbildung. Das ist ganz gut.

Abir: Wir möchten aber dort sein, wo Menschen sind, wo Leben ist. Wir wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. (...) Wir wollen einfach dort leben, wo Menschen sind. Ich wohne z.B. in Behringen. Der nächste Supermarkt ist vier Kilometer weit weg. Es gibt keine Busse, kein Krankenhaus, keine Apotheke. Nichts. Nur Felder. (...) Wir gehen nicht in die Schule, wir arbeiten nicht, wir haben nichts zu tun. Wir sind nur zu Hause. Das macht uns alle verrückt! Ich habe z.B. versucht, eine Schule zu finden, in der ich einen Sprachkurs machen kann, denn ich denke, es ist sehr wichtig, Deutsch sprechen zu können. Doch die nächste Schule ist (...) 20 Kilometer weit weg von meinem Wohn-

ort. Es werden nur Sprachkurse am Abend angeboten und zu dieser Zeit fährt kein Bus mehr. Wie soll ich also dorthin und wieder zurückkommen? Ich habe drei Kinder. Ich will den Abend und die Nacht mit meinen Kindern verbringen. (...) Ich fühle mich, als wäre ich im Gefängnis. Isoliert. Ich lebe zwischen Maisfeldern, die Pflanzen sind jetzt mehr als zwei Meter hoch. Sie stehen direkt vor meinem Fenster und vor meiner Tür.

Radio Flora: Habt Ihr Vorschläge, Fragen oder Wünsche an uns?

Abir: Wir wollen bleiben und wir wollen ein normales Leben. Ich bin jetzt seit zwei Jahren in Europa und renne mit den Kindern immer noch von Land zu Land. (...) Ich habe genug von diesem Leben, ich will Stabilität für mich und meine Kinder. Das ist meine Hoffnung. (...)

Fedwa: Ich warte auf die Gerichtsentscheidung. Ich weiß nicht, wie lange ich bleiben werde, das wird noch entschieden. Und ich hoffe auf eine positive Entscheidung für mich und meine Familie. Wir warten. Was können wir tun? Nichts. Also warten wir.

Radio Flora: Danke für das Interview.

Abir: Danke für eure Fragen und eure Unterstützung. ●

Flüchtlingsfrauen schützen – vor häuslicher und struktureller Gewalt!



Tanja Kovacevic, Suana / Kargah e.V.

Flüchtlingsfrauen, die in ihren Heimatländern und auf der Flucht oftmals bereits Gewalt erlebt haben, sind in Deutschland weiterhin in hohem Maße Gewalt ausgesetzt. Von häuslicher Gewalt betroffene Flüchtlingsfrauen stehen vor spezifischen Problemen und machen zum Teil auch Erfahrungen, die sich von den Erfahrungen anderer, von Gewalt betroffener Frauen unterscheiden. Ihr privates und gesellschaftliches Leben ist hier stark geprägt durch die ausländerrechtlichen Vorgaben.

Flüchtlingsfrauen, bei denen der Mann quasi stellvertretend für die ganze Familie Asyl beantragt hat, gefährden ihr Bleiberecht in Deutschland, wenn sie sich von ihm trennen. Bei der Flucht mit der Familie bleiben in der Anhörung im Asylverfahren oftmals persönliche Fluchtgründe der Frau, wie politische Verfolgung und/oder frauenspezifische Verfolgung, oftmals unerwähnt.

Sie befinden sich in einer schwierigen Lage, rechtlich, gesellschaftlich und finanziell.

Rechtliche Bestimmungen halten diese Frauen in großem Maß in Abhängigkeit von den gewalttätigen Männern. Frauen, die einer Residenzpflicht und/oder Wohnsitzauflage unterliegen, können die nach dem Gewaltschutzgesetz möglichen Schutzmaßnahmen nicht umfassend in Anspruch nehmen.

Darum steht zu oft nicht der Schutz von Frauen an erster Stelle der Sicherheitsplanungen, sondern die Fragen: Hat die betroffene Frau überhaupt eine Chance, an dem Ort, der ihr Sicherheit vor der Gewalt bietet, auch eine sichere Lebensperspektive zu entwickeln? Oder wird der Schutz vor weiterer Gewalt gleichzeitig ihre Existenz grundsätzlich und nachhaltig verunsichern? Dürfen sie in das andere Bundesland gehen? Dürfen sie zwar im Frauenhaus sein – aber keinen Wohnsitz, sprich keine neue Wohnung beziehen?

Flüchtlingsfrauen, die in Sammelunterkünften leben, in denen es keine geschützten Räume gibt, sind in besonderem Maße Gewalt ausgesetzt. Asylsuchende Frauen erhalten wenig oder keine Information über

die Rechtslage und Hilfsangebote. Zudem machen sie spezifische Erfahrungen mit Ausgrenzung, Stigmatisierung und Rassismus, sie müssen sich mit Stereotypen auseinandersetzen und in all dem daran arbeiten, ihre Position als Individuum zu beziehen.

Abhängigkeit und Ausgeliefertsein bleiben so auch nach der Flucht aus der Gewalt ein zentrales Gefühl und eine reale Bedrohung für die Sicherheit und Gesundheit gewaltbetroffener Frauen und Kinder.

Wir fordern, Gewalt an Frauen jeglicher Form zu ächten. Es muss gewährleistet werden, dass alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder – unabhängig vom Aufenthaltsstatus, finanziellen Mitteln und Sprache – sicher, schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht Schutz und Hilfe erhalten können. Lebensbedingungen von Asylsuchenden in den Sammelunterkünften befördern Gewalt gegen Frauen. Deshalb fordern wir, dass asylsuchende Frauen in Privatwohnungen am Ort ihrer Wahl leben können. ●

Kontakt: suana@kargah.de

Frauen auf der Flucht – Frauen kämpfen für ihr Recht

Brunhild Müller-Reiß, Friedensbüro Hannover

Die Erfahrungen der Nazizeit führten nach 1945 zu einem uneingeschränkten politischen Asylrecht im Grundgesetz. Für Männer und Frauen!

Doch 1993 wurde nach pogromähnlichen rassistischen Übergriffen und staatlicher Hetze gegen Zugewanderte und Geflüchtete inmitten einer heftigen öffentlichen Debatte das bedingungslos gewährte Asylgrundrecht (Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG) massiv eingeschränkt. Geflüchtete, die über einen »sicheren« europäischen Drittstaat einreisen, genießen kein Asylrecht mehr in Deutschland. Aus Deutschland wird auch jetzt immer wieder u.a. nach Italien abgeschoben.

Im Rahmen des europäischen Rechts (Dublin II bis III) wurde das Asylrecht von den

Unterzeichnerstaaten im EU-Raum restriktiv »vereinheitlicht«. Beim Versuch, Grenzen dennoch zu überwinden, sind Tausende von Geflüchteten auf Schleuser angewiesen. Das Mittelmeer wurde zu einem »Meer der Toten«, mehr als 3.200 allein im Jahr 2014.

Auch heute sind die Überreste des Asylrechts wieder stark unter Druck, von der Straße ebenso wie in den Parlamenten.

Für Frauen galten bis 2005 nur die allgemeinen Fluchtgründe wie bei Männern. Erst dann wurden – nicht zuletzt durch den Kampf von Frauengruppen und einzelnen Frauen – geschlechtsspezifische Fluchtgründe anerkannt.

Zwischen Klischee und Wirklichkeit

Das Bild geflüchteter Frauen ist immer wieder von Klischees geprägt: Frauen als Opfer,

Frauen mit Kindern auf dem Arm, schutzlos der Gewalt des Krieges ausgeliefert. Zwar entspricht das Klischee vielfach der Wirklichkeit, aber die Situation ist komplizierter: Frauen sind nicht nur Opfer, sie brauchen vor allem unsere Solidarität. Sie packen Dinge selbst an, sie kämpfen, sie fordern ihre Rechte selbstbewusst ein. Und sie benennen wie wir die Ursachen für Gewalt und Krieg und Gewalt hat viele Gesichter: Neben den weltweiten Kriegen die Vernichtung der – oft auf Subsistenzwirtschaft gegründeten – Existenzen, die Herkunft aus patriarchalen Gesellschaften, Traumatisierungen innerhalb der Fluchtbewegungen und demütigende Erfahrungen im Aufnahmeland.

Geflüchtete Frauen sagen: Es reicht!

Diejenigen, die in der Öffentlichkeit als um

ihre Rechte kämpfende Geflüchtete wahrgenommen werden sind (noch) überwiegend Männer. Dies wurde zum Ausgangspunkt der Frauenflüchtlingskonferenz in Hamburg. Im eigenen Aufruf hieß es: »Es reicht! Gerade wir Frauen, die die meiste Ausgrenzung, Erniedrigung und Ausbeutung in ihrem (Flüchtlings-) Alltag erleben, sind kaum am Kampf um die Befreiung und um die Besserstellung unserer Lebenssituation aktiv beteiligt.«

2002 hat sich mit den »Women in Exile« eine Initiative von geflüchteten Frauen gegründet. Seither setzt diese sich für die Abschaffung der Lager ein, gegen das Gutscheinsystem, gegen Residenzpflicht und Arbeitsverbot, insbesondere aber für frauenspezifische Belange im deutschen Asylsystem. ●

Kontakt:
mueller-reiss@arcor.de

Aushalten – Standhalten – Flüchten?

Cornelia Leunig,
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Weltweit sind rund 43 Millionen Menschen auf der Flucht. Etwa 230.000 Menschen leben in Deutschland in Flüchtlingsunterkünften. Flüchtlingsströme, ausgelöst durch Terrorregime und/oder Armut, müssen bei uns mit offenen Armen empfangen werden. Ökonomisches Denken darf nicht unsere Haltung und Entscheidung für humanitäre Hilfe leiten.

Gewerkschaften stehen für die Humanisierung der Arbeitswelt, die sich rasant verändert. Menschenwürde, Empathie und Solidarität sind Werte, die unser Handeln prägen. Deshalb fordert die IG BCE auf, sich nicht den Herausforderungen der Flüchtlingsbewegung zu entziehen, sondern zu handeln. Da, wo immer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter agieren, müssen unsere Vorstellungen eines menschenwürdigen Lebens adressiert werden an die Politik, an die Wirtschaft, an unsere Kolleginnen und Kollegen und auch an unsere Nachbarinnen und Nachbarn. Menschen verlassen ihr Land, weil sie Angst vor Zerstörung ihrer Existenz haben. Die Angst um ihr Leben und das ihrer Kinder ist so groß, dass sie vor dieser Gewalt fliehen. Oftmals traumatisiert, in hohem Maße verunsichert und ja, auch Sehnsucht nach ihrer



Syrische Flüchtlingsfamilie bei der Registrierung in Wadi Khaled, Libanon.

Heimat, kennzeichnet Menschen, die bei uns um Asyl nachfragen. Wir müssen sie in Deutschland willkommen heißen.

Darüber hinaus ist politisches Handeln wichtig, um dem Übel auf den Grund zu gehen. Dieses ist ein langwieriger Prozess und heißt, politische Verantwortung in unse-

rem Land für Menschen in den Entwicklungsländern zu tragen. Demokratische Systeme müssen aufgebaut und Wirtschaftssysteme entwickelt werden, in denen sie gut leben können.

Die IG BCE engagiert sich auch auf internationaler Ebene, um weltweit menschen-

würdige Arbeitsbedingungen zu schaffen, ob im Bergbau, im Energiesektor oder in anderen Wirtschaftszweigen. Als Mitglied der IndustriALL, einem weltweit agierenden Gewerkschaftsverband, gegründet 2012 mit Sitz in Genf, werden ca. 50 Millionen Mitglieder von 197 Einzelgewerkschaften organisiert.

Durch unsere Arbeit sind wir auf die besondere Situation der Frauen in Simbabwe aufmerksam geworden. Die Diskriminierung von Frauen und die dadurch erschwerten Lebensbedingungen stellen in diesem Land ein großes Problem dar. Besonders im sozialen Sektor und unter Aspekten der Gesundheits- und Bildungssituation, der Wasser- und Sanitärversorgung sowie des Kinder- und Frauenschutzes, weist Simbabwe große Defizite auf. Hier setzt konkret eines unserer Projekte an. »Bildung für Frauen in Afrika« heißt eine Kerngruppe von Frauen als Mentorinnen in Trainingseinheiten zu dem Thema »Arbeits- und Gesundheitsschutz« unter Berücksichtigung der Arbeitsbedingungen zu qualifizieren. Da die Gruppe im gewerkschaftlichen Rahmen agiert, ermöglicht es den Frauen, existierende Strukturen und Netzwerke gezielt für ihre Zwecke nutzbar zu machen und ihr Wissen und ihre Kompetenz an andere Frauen weitertragen zu können. ●

Kontakt:
gleichstellung@igbce.de

Null Toleranz gegenüber Gewalt gegen Frauen

Simin Nassiri, Frauen Tribunal e.V. (Hamayesch)

Gewalt ist gemäß Statistiken des Europarats die Hauptursache für den Tod oder Gesundheitsschädigung von Frauen zwischen 16 und 44 Jahren, sie rangiert noch vor Krebs und Verkehrsunfällen. Gewalt gegen Frauen ist kein schichtspezifisches, altersspezifisches, nationales oder religiöses Phänomen.

Den internationalen Frauenbewegungen ist es zu verdanken, dass in den letzten Jahren Gewalt gegen Frauen national und international wahrgenommen und bekämpft wird.

Dies geschieht durch:

- Einrichtung von Frauenhäusern
- Einrichtung von Notrufen und Gewaltberatungsstellen für Frauen
- Benennung des 25. Novembers als inter-

nationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen von der UNO

- Verurteilung der Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung auf der Weltfrauen-Konferenz in Peking (1995), auf den Konferenzen »Peking +5« und »Peking +10«
- Aktionsprogramme des Bundes, der Länder und der Kommunen gegen Gewalt
- Wissenschaftliche Untersuchungen und Studien gegen Gewalt gegen Frauen
- Gewaltschutzgesetz
- Einrichtung Runder Tische gegen Gewalt gegen Frauen
- Und zuletzt: »Gewalt gegen Frauen« wird in Übereinstimmung mit der Istanbul-Konvention des Europarats vom 5. November 2011 »als eine Menschenrechtsverletzung und eine Form der Diskriminierung der Frau verstanden und bezeichnet alle Handlungen

geschlechtsspezifischer Gewalt, die zu körperlichen, sexuellen, psychischen oder wirtschaftlichen Schäden oder Leiden bei Frauen führen oder führen können, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsentziehung, sei es im öffentlichen oder privaten Leben. Dabei »bezeichnet der Begriff »geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen« Gewalt, die gegen eine Frau gerichtet ist, weil sie eine Frau ist, oder die Frauen unverhältnismäßig stark betrifft.«

Trotzdem sind wir meilenweit von dem Ziel, ein gewaltfreies Leben für jede Frau zu ermöglichen, entfernt. Denn die Gewalt an Frauen ist immer noch ein gesellschaftliches Tabuthema, das gebrochen werden muss. Und in dem Hilfesystem gibt es viele Lücken, die geschlossen werden müssen. Die recht-

lich und wirtschaftlich benachteiligten Frauen in dieser Gesellschaft, nämlich Migrantinnen ohne sicheren Aufenthalt und Flüchtlingsfrauen im Asylverfahrensprozess, sind am meisten davon betroffen. Dies stellt einen Widerspruch gegen den Artikel 2 im Grundgesetz dar: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Anlässlich des Internationalen Frauentages rufen wir gemeinsam kämpferisch und solidarisch dazu auf:

- Jede Frau hat das Recht auf ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben!
- Chancengleichheit für ALLE Frauen!
- Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen ab dem Tag der Einreise!
- Private Wohnungen anstatt Wohnheime für Flüchtlingsfrauen! ●

Kontakt:
frauentribunal@yahoo.de

Qualifiziert – international – weiblich

Migrantinnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt



Waltraud Kämper, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/KDA

Die Elektroingenieurin aus der Ukraine als unfreiwillige Hausfrau, die Lehrerin aus Sri Lanka als Minijobberin in der Kinderbetreuung, die Ökonomin aus Ghana im Versandlager. Viele zugewanderte Frauen arbeiten in Deutschland unterhalb ihrer Qualifikation, weil sie Probleme bei der Anerkennung Ihrer

Studienabschlüsse haben, Sprachschwierigkeiten oder auch zu wenig Einblick in die Strukturen des deutschen Bildungs- und Arbeitsmarktes. Der Erwerb von arbeitsmarktfähiger Bildung ist für Erwachsene in Deutschland nämlich mindestens genauso ein Kraftakt, wie die Verwertung von dieser. Welche Arbeitsplätze kommen für mein Diplom in Frage? Was wollen deutsche Arbeitgeber hören?

Auf der einen Seite weisen Unternehmen auf wachsenden Fachkräftebedarf hin, auf der anderen Seite ist die Zahl arbeitssuchender, qualifizierter MigrantInnen nach wie vor erstaunlich hoch. Studien belegen, dass »Susanne« doppelt so viele Einladungen zu einem Bewerbungsgespräch erhält wie »Sevinc«.

Fachkräfte, die in ihren Herkunftsländern qualifizierte berufliche Tätigkeiten ausgeübt und/oder an deutschen Hochschulen ein Studium absolviert haben, sind bereit, sich beruflich einzubringen. Flüchtlinge, die es bis Deutschland geschafft haben und allmählich »zur Ruhe kommen«, wollen gern schnell beruflich Fuß fassen. Wo sind die Unternehmen, die ihre Lebens- und Berufserfahrung, Fachwissen, Mehrsprachigkeit und internationalen Kontakte zu schätzen wissen – auch wenn sie eventuell Einstiegshilfen brauchen, um sich im Unternehmen zu orientieren und sich allmählich mit voller Kraft einbringen zu können?

Um Menschen die Entfaltung ihrer Potenziale zu ermöglichen, bedarf es einer »Kultur der Anerkennung«, die weit über einen Stem-

pel auf Zeugnissen hinausgeht. Sie sieht Fähigkeiten hinter noch nicht ganz flüssigem Deutsch, gibt Chancen, sich mit seinen Kompetenzen zu zeigen oder unterstützt durch berufsbegleitende Maßnahmen und beteiligt an Netzwerken, die für das berufliche Fortkommen wichtig sind. Vor allem erlaubt sie die Arbeitsaufnahme nach wenigen Monaten und fördert die berufliche Orientierung.

Beim interkulturellen Mentoringprogramm Minerva des KDA beobachten wir, dass Wertschöpfung auf Wertschätzung beruht. Es zeigt, wie durch Gespräche und Feedback auf Augenhöhe Selbstvertrauen gestärkt und konkrete berufliche Perspektiven eröffnet werden können. Wir erwarten, dass mehr hannoversche Unternehmen einen zweiten Blick werfen auf Bewerbungsunterlagen und nicht wegen formaler Kriterien abwinken. Es gibt positive Beispiele, wo eine Unternehmerin im Betrieb einen berufsbezogenen Deutschkurs anbietet oder ein Unternehmen Mentoring für Quereinsteigende entwickelt hat – und alle Beteiligte haben Gewinne davon. ●

Infos:
www.mentoring-minerva.de
www.netzwerk-iq.de

Kontakt:
kaemper@kirchliche-dienste.de

Soziale Berufe aufwerten!

Interview mit Annette Klausung, ver.di-Landesbezirk

»Soziale Arbeit ist mehr wert!« Mit diesem Slogan werben Beschäftigte seit Jahren für mehr Wertschätzung der sozialen Arbeit. Nun fordert Ver.di in der bevorstehenden Tarifrunde mit den kommunalen Arbeitgebern für den Sozial- und Erziehungsdienst Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 10%. Warum eine so drastische Lohnforderung?

Annette Klausung: »Die Anforderungen an die sozialen Berufe haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Erzieher_innen, Sozialarbeiter_innen und Heilpädagog_innen werden aber nicht entsprechend ihrer Leistung, ihrer Qualifikation und ihrer großen Verantwortung vergütet. Die Arbeit mit Menschen, traditionell eine Frauendomäne, erhält gesellschaftlich immer noch eine geringere Wertschätzung als die Arbeit im gewerblich-technischen Bereich. Der Gender Pay Gap von 22% erklärt sich zum Teil aus der unterschiedlichen Bewertung von typisch männlicher und typisch weiblicher Arbeit. So verdient z.B. ein VW-Facharbeiter deutlich mehr als eine Fachkraft in der Altenpflege. Wenn wir das ändern wollen, so brauchen wir eine überdurchschnittliche Gehaltserhöhung in den sozialen Berufen.

Wie wollt ihr diese Gehaltserhöhung im Sozial- und Erziehungsdienst durchsetzen? Wird es zu Streiks kommen?

Zunächst wird versucht, diese Aufwertung auf dem Verhandlungsweg zu erreichen. Es ist ein großes Plus, dass die Arbeit z.B. einer Erzieherin von denen sehr wertgeschätzt wird, die

unmittelbar mit ihr zu tun haben: den Eltern oder Großeltern. Wir haben also wesentliche Teile der Bevölkerung hinter uns. Diese Solidarität werden wir auch brauchen, weil ich schon damit rechne, dass es auch zu Streiks kommen wird, gute Argumente reichen oft nicht aus.

Die geforderte Höhergruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst kostet viel Geld. Man schätzt, dass auf die Kommunen etwa 1,5 Milliarden Euro zusätzliche Personalkosten zukommen würden. Wie sollen die Kommunen das finanzieren?

Ver.di hat dazu konkrete Vorschläge gemacht. Der wachsende Reichtum muss anders verteilt werden und sollte allen zu Gute kommen. Ein höherer Spitzensteuersatz, eine Vermögenssteuer und höhere Steuern auf große Erbschaften sind überfällig. Die öffentlichen Haushalte müssen auf diesem Wege finanziell besser ausgestattet werden, damit das, was in unserer Gesellschaft wirklich zählt, auch finanzierbar ist.

Ein anderer Bereich der sozialen Arbeit ist die Altenpflege. Erstmals hat Ver.di in Niedersachsen einen Tarifvertrag mit der Diakonie abgeschlossen und verhandelt momentan über Lohnsteigerungen auch für diesen Bereich. Angestrebt wird ein Tarifvertrag Soziales, Ziel ist die Allgemeinverbindlichkeit dieses Tarifvertrages. Warum?

Wir haben im Bereich der Altenpflege eine zersplitterte Tariflandschaft. In Niedersachsen sind inzwischen mehr als die Hälfte aller



Annette Klausung, ver.di-Landesbezirk

Das Interview führte Gerda Egbers, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA)

Kontakt:
egbers@kirchliche-dienste.de

Träger in privater Hand mit entsprechend schlechter Bezahlung bis hin zum Lohndumping. Das wollen wir ändern. Wir wollen einheitliche Vergütungsstandards einführen, so dass es keinen Wettbewerb mehr um Löhne, sondern um die Qualität der Arbeit gibt.

Wie sehen das die Arbeitgeber in der Altenpflege?

Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass Beschäftigte und Einrichtungsleitungen hier an einem Strang ziehen sollten. Aber noch nicht alle Wohlfahrtsverbände wollen diese einheitlichen Standards. Und bei den privaten Anbietern

nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch im Interesse der zu Pflegenden.

Insbesondere in den diakonischen Einrichtungen sind vergleichsweise nur wenige Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert. Wie können die Durchsetzungschancen für die gemeinsamen Interessen erhöht werden?

Wir müssen viel mehr Kollegen/innen mit unseren Argumenten erreichen. Dazu müssen wir eine Kultur entwickeln, in der es selbstverständlich ist, dass ein_e Gewerkschaftssekretär_in in die diakonische Einrichtung



Foto: shutterstock

herrscht nach wie vor eher die Meinung vor, dass Konkurrenz das Geschäft belebt. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten – letztlich

kommt, zum Beispiel auf eine Mitarbeiterversammlung. Jahrelang gab es diese Kultur nicht, das müssen wir aufbauen. ●

Lohn zum Leben ist ein Menschenrecht!

Schwerpunkt der Clean Clothes Campaign

Christine Höbermann, Dritte Welt Forum in Hannover e.V.

Die Clean Clothes Campaign (CCC/ Kampagne für Saubere Kleidung) ist ein Bündnis, in dem sich Netzwerke aus inzwischen 17 europäischen Ländern zusammengeschlossen

Entlohnung für viele Menschen nicht selbstverständlich, auch nicht in Deutschland.

Warum ausgerechnet Mode?

Die Herstellung von Bekleidung ist in vielen Ländern der Erde der erste industrielle Sek-



haben. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen aus den Produktionsländern setzt sich die CCC für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Bekleidungs- und Sportartikelfabriken ein.

Ein Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit ist seit 2013 der Kampf für »Living Wage«, einen existenzsichernden Lohn. Das ist ein Arbeitseinkommen, das einer Person ermöglicht, sich selbst und ihre Familie zu ernähren, Miete zu zahlen, für Gesundheits-, Kleidungs-, Mobilitäts- und Bildungskosten aufzukommen sowie für Krankheit, Alter und unerwartete Ereignisse ein wenig Geld zur Seite zu legen, und zwar ohne Überstunden.

So legt es Paragraph 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und das erste Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fest. Trotzdem ist eine derartige

Produktion für den globalen Markt produziert wird. In manchen Ländern, wie Bangladesch, Kambodscha werden mehr als 50 Prozent der Exporterlöse in dieser Branche erzeugt. Das heißt, dass die Löhne dieser Branche einen hohen Einfluss auf die gesamte Entwicklung des Landes haben.

Die meisten Beschäftigten (ca. 80%) im Bekleidungssektor sind weiblichen Geschlechts. Damit sind sie in der männlich bestimmten kapitalistischen Weltwirtschaft strukturell benachteiligt. Arbeit von Frauen wird generell schlechter entlohnt. Dabei entsprechen konservative Begründungsmodelle (»Zuverdienst«) immer weniger der Realität: Ganze Familien hängen von den Hungerlöhnen aus den Nähfabriken ab.

Die Gewinnspanne - also das Verhältnis zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis - ist im Bekleidungssektor extrem hoch. Doch Markenfirmen und Handelskonzerne verteilen ihre

Gewinne nicht gerecht. Dass die Chefs von Zara und H&M zu den reichsten Männern der Welt gehören, ist ein Beleg für diese These.

Deutschland ist in einer Schlüsselposition: Mit 24,2 Milliarden Euro ist die BRD nach China und Italien drittgrößter Textil- und Bekleidungsexporteur weltweit. Im Import nimmt Deutschland nach den USA mit 36,5 Milliarden Euro die zweite Stelle ein (Quelle: BMWi, 2013). Ziehen wir den Export vom Import ab, bleiben 12,3 Milliarden übrig. Der deutsche Textilienhandel hat seit 2003 Umsätze zwischen 55 und 60 Milliarden Euro pro Jahr (Quelle: handelsdaten.de) – ein sehr gutes Geschäft!

Was viele nicht wissen

Auch Osteuropa und die Türkei sind wichtige Produktionsstandorte für den deutschen Bekleidungssektor: Die Türkei war lange nach China an zweiter Stelle, inzwischen hat

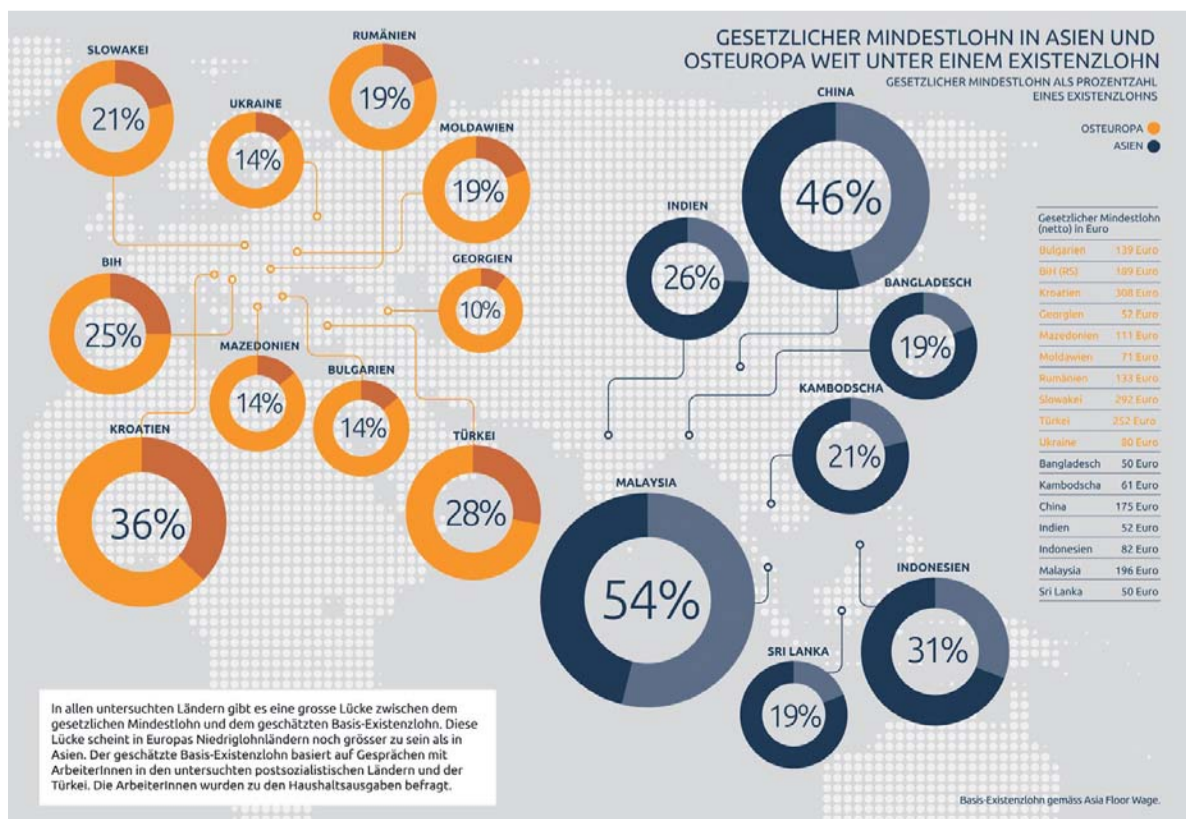
Bangladesch knapp überholt. Und wenn alle osteuropäischen Staaten zusammengezählt werden, liegt der Wert vor Indien, der internationalen Nummer vier.

Doch auch in Osteuropa sind die Löhne jammervoll: Da die Lebenshaltungskosten höher liegen, ist die Kluft zwischen den Löhnen und dem tatsächlichen Bedarf oft noch größer als in Asien (siehe Grafik)

Was können wir tun?

Ein wichtiger erster Schritt ist die Unterstützung der Petition für einen Lohn, der zum Leben reicht auf www.lohnzumleben.de. Dort finden sich viele Hintergrundinformationen (u.a. Firmencheck) und Handlungsvorschläge.

Eine der wirkungsvollsten Maßnahmen ist ganz einfach: Nachfragen und sich nicht abwimmeln lassen! Egal, ob im Geschäft, per E-Mail oder facebook ... ●



Kurze Vollzeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Mehr Zeit für Leben, Lieben, Lachen

Christiane Bierbaum
ver.di Bezirksfrauenrat Hannover-Leine-Weser

Wir ver.di Frauen haben die Forderung »Arbeit fair teilen – kurze Vollzeit für Alle« zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Die ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeit ist ein Hindernis für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Die Schere zwischen den Arbeitszeiten von Männern und Frauen – Gender Time Gap – beträgt in Deutschland über neun Stunden/Woche. Unterbeschäftigung und Unterbewertung von Frauentätigkeiten – Gender Pay Gap von 23% – hält Frauen in finanzieller Abhängigkeit, verwehrt eine eigenständige Existenzsicherung und führt zu Altersarmut. Geschlechtergerechtigkeit sieht anders aus!

Nie war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland höher als heute (71%) – allerdings hat dies nicht zu einem höheren Anteil am vorhandenen Arbeitsvolumen geführt. Mehr Frauen teilen sich die vorhandene Arbeit – in immer kleineren Portionen. Die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen beruht im Wesentlichen auf der Ausweitung der Teilzeitarbeit und der Minijobs. Fast jede Zweite der erwerbstätigen Frauen (45,6%) arbeitet Teilzeit. Fast 30% der Frauen arbeiten weniger als 20 Stunden die Woche. Zwei Drittel oder 3,2 Millionen der Menschen, die ausschließlich einen Minijob haben, sind Frauen. Der Trend: lange und überlange – männliche – Vollzeit und kurze – weibliche – Teilzeit.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich mit Blick auf die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit: Frauen leisten durchschnittlich 60% mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Ist die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit bei jungen unverheirateten Frauen und Männern noch einigermaßen gleich, ändert sich das mit

Beginn einer Partnerschaft und ganz extrem sobald Kinder geboren werden: Männer arbeiten mit jedem Kind länger, Frauen ziehen sich ganz aus der Erwerbsarbeit zurück oder reduzieren die berufliche Arbeitszeit, um unbezahlt für Haus und Familie da zu sein. Mütter – so eine Studie des IQA Duisburg – leisten durchschnittlich 37,5 Stunden Hausarbeit und Kinderbetreuung wöchentlich, Väter dagegen nur 15,2 Stunden. Bei einer Gesamtarbeitszeit von 66,6 Stunden/Woche haben Mütter kaum Spielraum für eigene, ungebundene Zeit.

Traditionelle Rollenmuster scheinen in Stein gemeißelt – obwohl immer mehr Männer den Wunsch äußern, mehr Zeit für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder zu haben. Wir wollen raus aus dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mit ihren fatalen Konsequenzen für Frauen.

— Als ersten Schritt fordern wir die Abschaffung des Ehegattensplittings, um den steuerlichen Anreiz für weibliche Teilzeit zu beseitigen.

— Eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit –

kurze Vollzeit mit 30 Stunden/Woche – ist unser gleichstellungspolitisches Ziel.

— Ausbau professioneller sozialer Dienstleistungen (Kitas, Pflegeeinrichtungen) sind notwendig, um auch die unbezahlte Arbeit in Betreuung und Pflege reduzieren zu können.

Wir wollen mehr Zeit für das ganze Leben mit Familie und Freund_innen, mehr Zeit für Leben, Lachen Lieben, mehr Zeit für gesellschaftliches Engagement, mehr Zeit fürs Mitmachen in Kultur und Politik. ●

Kontakt:
jeannine.geissler@verdi.de

Warum wir eine Care-Revolution brauchen

Soziale Reproduktion betrifft uns alle. Wie wollen wir wohnen? Wie sorgen wir für uns und andere?

Barbara Fried, Netzwerk Care-Revolution

In feministischen Diskussionen spielen Auseinandersetzungen um Sorgearbeit und soziale Reproduktion wieder eine wichtige Rolle. Für das Feld hat sich inzwischen das englische Care oder auch Care-Arbeit etabliert. Warum? Der Begriff funktioniert in der politischen Praxis recht gut. Es gelingt, darunter verschiedene Akteur_innen, unterschiedliche Felder und Tätigkeiten zu bündeln. Care umfasst bezahlte wie unbezahlte Sorgetätigkeiten und meint Sorge-Empfänger_innen genauso wie diejenigen, die Sorgearbeit leisten. Außerdem lassen sich die vielen unterschiedlichen Kämpfe um Lebensweisen und soziale Daseinsvorsorge zusammen denken. Das ist strategisch wichtig, um gemeinsame Interessen formulieren zu können.

Im März 2014 hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bündnis mit über 60 Initiativen in Berlin eine Aktionskonferenz organisiert, auf der über die Notwendigkeit einer »Care-Revolution« diskutiert wurde. Im Neoliberalismus werden die Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgetrocknet. Soziale Dienstleistungen müssen privat hinzugekauft werden. Gleichzeitig wird Reproduktionsarbeit wieder in die Haushalte verschoben, führt dort zu Doppel- und Dreifachbelastung – insbesondere bei Frauen. Burnout, hohe Krankenstände, Zeitstress und Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben sind nur einige der Folgen. Außerdem entstehen neue soziale Spaltungen – beispielsweise zwischen erwerbstätigen Mittelschichtfrauen im globalen Norden und Migrantinnen, die hier die Care-Arbeit übernehmen. Da wundert es nicht, dass sich soziale Kämpfe zunehmend um diese Fragen sozialer Reproduktion drehen – und zwar weltweit. Es liegt eine Menge Sprengkraft darin, Care zum Ausgangspunkt von Gesellschaftsveränderung zu machen und damit den sorgsam Umgang mit Mensch und Natur in den Mittelpunkt zu stellen.

Individuelle und kollektive Anstrengungen



müssen dabei als gemeinsame gedacht und bestehende Kämpfe verbunden werden: Kämpfe gegen Diskriminierung mit gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um gute Pflege. Initiativen um Wohnraum mit Diskussionen um die geschlechtsspezifische Zuweisung sorgender Tätigkeiten. Kämpfe von Menschen mit Behinderung mit denen um gute Bildung und Zeitsouveränität. Aus feministischer Perspektive geht es um eine andere Ökonomie, um die Umverteilung von Arbeit und den Ausbau des Öffentlichen. ●

Kontakt:
fried@rosalux.de

Frauen kämpfen für ihre Rechte und Befreiung – weltweit!

Ilse-Marie Stratmann, Courage e.V.

Frauen haben viele Gründe, am internationalen Frauentag auf die Straße zu gehen! Wir wollen uns nicht abfinden mit prekären Arbeitsverhältnissen aller Art, mit Minijobs, mit Stellen in Vollzeit, die nicht zum Leben reichen, mit vorprogrammierter Altersarmut, mit Stress, Druck und Mobbing bei der Arbeit, mit unzureichender Kinder- und Altersbetreuung und, und... Wir prangern an, dass eine Verkäuferin bei Karstadt in zehn Jahren 17.900 Euro verloren hat durch Verzicht auf Tarifierhöhungen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld etc. um Karstadt zu »retten«, dennoch werden jetzt etliche Filialen dicht gemacht. Wir sind solidarisch mit den mutigen Frauen vom Kundenservicecenter/ Madsack, die viele Monate für Tarifverträge und bessere Löhne gestreikt haben. Wir finden uns weder mit dem allgegenwärtigen Sexismus noch mit Zwangsprostitution ab. Deutschland ist hier zur traurigen Drehscheibe geworden.

Wir Frauen vernetzen uns international. Wir protestieren und wehren uns: gegen

Vergewaltigungen und Massenvergewaltigungen – in Indien an der Tagesordnung, gegen Hungerlöhne wie z.B. in Bangladesch, wo Frauen für die Profite der Mode- und Handelskonzerne zu Tode kommen. wir verurteilen auch, dass Frauen in Indonesien, die Polizistinnen werden wollen, zum Jungfrauenest gezwungen werden.

Ein Hauptanliegen ist uns der Widerstand gegen die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen: höchster CO₂ Ausstoß, wärmstes Jahr 2014, Festhalten an fossiler Verbrennung, Fracking, unnötige Großprojekte, die Milliarden verschlingen usw. Das fordert besonders uns Frauen heraus, aktiv zu werden. Die Ernährungs-, Gesundheits- und Lebensbedingungen für uns und unsere Familien sind gefährdet. Und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo auf der Welt Menschen wegen unweilbedingter Katastrophen, deren Ursache in der Klimaveränderung liegt, ihre Heimat verlieren.

Am Herzen liegt uns der mutige Befreiungskampf der Kurdinnen und Kurden in

»VON SENEGAL BIS KOBANE«

Die Selbstbestimmung und der Freiheitskampf der kurdischen Frauen

Yüksel Weßling, Kurdischer Frauenrat »Ronahi«

Die kurdische Frauenbewegung ist ein Lichtblick im antipatriarchalen Kampf, da sie elementarer Teil der kurdischen Freiheitsbewegung ist: Einerseits werden somit patriarchalische Zwänge innerhalb der kurdischen Bewegung nicht als Nebenwidersprüche abgestempelt und andererseits verharret die Frauenbewegung so nicht in reformistischen Zielvorstellungen, sondern behält die gesamtgesellschaftliche Befreiung im Blick.

Sowohl in der Guerilla als auch in der zivilen Arbeit spielt die Frauenbewegung eine zentrale Rolle. Insbesondere der Aufbau einer demokratischen Autonomieregion wird erheblich durch die Schaffung selbstorganisierter Betriebe und vielfältiger Bildungsangebote seitens der Frauenbewegung geprägt. ●

Mehr Informationen unter:
www.weltfrauenkonferenz.de

Kontakt:
ilse-marie.stratmann@freenet.de

Kobane/Rojava. Rojava ist für uns Frauen ein Vorbild im Kampf um Frauenrechte und echte Gleichberechtigung. Die demokratische Selbstverwaltung ist, was die Überwindung patriarchaler Strukturen betrifft, ein echtes Zukunftsprojekt auf der ganzen Welt. Auch das greifen die faschistischen IS Truppen an, die Frauenrechte und Frauen regelrecht mit

Füßen treten. Viele Frauen in Deutschland sind aus tiefstem Herzen entsetzt über die Brutalität, über die Verschleppung von Frauen und deren Vergewaltigungen. Die IS Faschisten rennen weg, wenn die mutigen Frauenbataillone ihre Errungenschaften auch mit der Waffe in der Hand verteidigen, weil sie nicht ins »Paradies« kommen, wenn sie von Frauen erschossen werden. Weltweit solidarisieren sich Menschen mit dem mutigen Befreiungskampf in Rojava und dem Kampf der Kurdinnen und Kurden in Kobane gegen die faschistische IS und für Demokratie, Freiheit und Selbstorganisation.

Frauen der Welt erklimmen die höchsten Berge! Der FV Courage ruft auf: Kommt und macht mit bei der zweiten Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 13.–18. März 2016 in Katmandu, Nepal in Asien und leistet einen Beitrag. Schließen wir uns zusammen, organisieren wir uns und verbinden uns mit allen Bewegungen für Befreiung und gehen einen großen Schritt vorwärts zur Befreiung der Frau. ●

BUCHVORSTELLUNG: »DIE FALLE – HEUTE BIN ICH STOLZE AFRIKANERIN« von Clariste Soh Moube

Kornelia Karcher-Muranko, Frauenverband Courage e.V. Hannover

Im Herbst 2013 stand Europa unter Schock. Hunderte von Flüchtlingen aus Afrika: Frauen, Männer und Kinder, ertranken im kalten Mittelmeer vor der Insel Lampedusa. Woher kommen diese Menschen? Wo wollen sie hin? Warum nehmen sie diese Gefahren auf sich?

Clariste Soh Moube, eine junge Afrikanerin aus Kamerun, hatte sich auch auf diesen Weg gemacht. Sie wollte ihren Traum, in Europa Fußballspielerin zu werden verwirklichen. Fast zehn Jahre war sie unterwegs und hat darüber dieses Buch geschrieben. Jahrelange Strapazen, oft in Lebensgefahr, von Vergewaltigung bedroht, im Gefängnis gequält, an der Grenze: Stacheldraht, wieder in Lebensgefahr... schließlich per Abschiebung zurück – enttäuschte Hoffnungen – ein Albtraum! Ihr Traum von Europa – ausgeträumt – aufgegeben. Clariste aber verzweifelt nicht. Sie setzt sich in ihrer Heimat Afrika für ein lebenswertes Leben und eine gerechte Gesellschaft ein, denn: »Heute ist sie stolze Afrikanerin!« Zum Schluss ihres Buches stellt sie fest: »eine andere Welt ist möglich!«

Clariste führte auf dem Frauenpolitischen Ratschlag 2014 in Chemnitz aus, was die

Fluchthjahre sie gelehrt haben: Die Auswanderung und Flucht ist nicht Ursache sondern Folge. Ein menschenwürdiges Leben in diesen ausgebeuteten Ländern ist oft kaum noch möglich. Die internationale kapitalistische Produktion hat sich wie ein Krake auf der ganzen Welt festgesetzt. Dieser eindrucksvolle Lebensweg ist Ansporn, sich einzumischen und auseinandersetzen für ein menschenwürdiges Leben und eine gerechte Gesellschaft hier und weltweit.

Clariste setzt sich auch zusammen mit vielen Frauen weltweit für die Durchführung der 2. Weltfrauenkonferenz ein, die im März 2016 in Kathmandu/Nepal stattfinden wird. Sie ist Delegierte für die Frauen aus Afrika. Es lohnt sich, bei der 2. WFK mitzumachen!

»Die Falle – Heute bin ich stolze Afrikanerin«

Clariste Soh Moube

12,00 Euro, Verlag Neuer Weg

ISBN 978-3-88021-397-5

»Once we had a dream«

Rita Otte, Allerweltsladen e.V.

Menschenhandel, Ausbeutung, Kinderklast und Umweltzerstörung sind die zentralen Themen des Musical-Dramas von Akbay-Preda / Philippinen. Die jungen Schauspieler_innen, zwischen 15 und 25 Jahren, bringen in ihrem selbst verfassten Stück das Schicksal vieler ihrer Altersgenoss_innen auf die Bühne. Durch die authentische Schilderung wird für das Publikum die Dimensionen von Umweltzerstörung, Armut, Kindesmissbrauch und Sextourismus auf den Philippinen intensiv nachvollziehbar. Dabei verharrt das Musical-Drama nicht einseitig in der beklemmenden Darstellung von Not, Gewalt und Missbrauch, sondern zeugt vom Lebenswillen und Mut, den kindlichen Sehnsüchten und den Stärken der Betroffenen und deutet Lösungsansätze an.

Das Musical-Drama zeigt sowohl die sexualisierte Gewalt gegen Frauen wie auch die Verletzlichkeit besonders der benachteiligten Bevölkerung auf. Besonders die erzwungene Prostitution von jugendlichen Mädchen ist auf den Philippinen sehr verbreitet. Der immer noch starke Sextourismus fördert die Situation noch. Obwohl Prostitution von Minderjährigen offiziell verboten ist, ist sie noch stark verbreitet. 400 Millionen Dollar werden nach Schätzungen auf den Philippinen jedes Jahr mit Prostitution umgesetzt.

Der Allerweltsladen e.V. Hannover in Kooperation mit dem Jungen Schauspiel Hannover und der Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel KOBRA (Phoenix e.V.) konnte das Theaterprojekt aus den Philippinen nach Hannover einladen.

Der Allerweltsladen arbeitet seit 33 Jahren im Bereich Fairer Handel. Neben dem Verkauf von fair gehandelten Produkten ist ein wichtiger Aspekt die Sensibilisierung und Aufklärung über Hintergründe der Projektpartner.

»Peoples Recovery, Empowerment and Development Assistance Foundation« – PREDA wurde vom irischen Priester Shay Cullen gegründet. Er setzt sich seit 1974 für sexual missbrauchte Kinder auf den Philippinen ein. So konnte seine Organisation PREDA hunderte Kinder aus Bars und Nachtclubs sowie aus Gefängnissen befreien. PREDA gab ihnen ein neues Zuhause mit Anerkennung und Würde, eine Ausbildung, professionelle Therapie und eine bessere Zukunft. Um der Armut der Landbevölkerung entgegenzuwirken wurden Anfang der 1990 Jahre Fairhandels-Aktivitäten entwickelt. Durch die erfolgreiche Vermarktung von Mangos ist es gelungen, ein bestehendes Mangokartell aufzubrechen und so die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für Kleinbauernfamilien verbessern.

Die Koordinierungs- und Beratungsstelle KOBRA (Phoenix e.V.) arbeitet seit 1997 mit Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Das Musical-Drama verdeutlicht die Situation von jungen Frauen, die einen Ausweg aus der Armut suchen und nicht abschätzen können, was wirklich auf sie zukommt. Diese Situation erleben viele Frauen weltweit.

Am 1. März 2015 um 19.30 Uhr und am 2. März um 11.00 Uhr wird das Stück im Ballhof 2 aufgeführt. In einer anschließenden Diskussion wollen wir die Themen Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und mögliche Lösungsansätze ansprechen (siehe Programmteil). ●

Die LAG Gleichstellung Niedersachsen



Annette Wiede, LAG Gleichstellung Niedersachsen

In ihrer Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 2013 haben SPD und Bündnis90/die Grünen festgehalten: »In den vergangenen zehn Jahren hat Niedersachsen auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter viel Boden verloren. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, Niedersachsen wieder zum Vorbild konsequenter Frauenförderung zu machen.« Konkret benannt ist unter anderem, die... Stellung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten mit Blick auf deren Beschäftigungsumfang, die Anzahl der notwendigen hauptberuflichen Gleichstellungsbeauftragten sowie deren Aufgabenbereich und Sanktionsmöglichkeiten.« zu prüfen.

Im November 2014 folgten Taten: SPD und Bündnis90/Die Grünen haben beschlossen, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Niedersachsen zu stärken. Alle Kommunen ab 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollen ab 2016 wieder verpflichtet werden, eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen (lag) und der Landesfrauenrat Niedersachsen sehen in diesem Beschluss »... ein Signal in die richtige Richtung, um die Arbeitsbedingungen und die Wirksamkeit von Gleichstellungsbeauftragten nachhaltig zu verbessern«. 2005 war die Einwohnerinnen- und Einwohnergrenze zur Bestellung von hauptberuflich beschäftigten Gleichstellungsbeauftragten im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz verändert worden. Das hatte zu einem deutlichen Abbau der Hauptamtlichkeit und einer Zunahme von Ehren- und Nebenamt geführt. Aus Sicht der lag und des Landesfrauenrates ist eine hauptberufliche Tätigkeit für die kommunale Gleichstellungsarbeit unverzichtbar. Denn nur durch Professionalität, kompetente Begleitung von politischen Entscheidungsprozessen und intensive Öffentlichkeitsarbeit kann es gelingen, das Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes Wirklichkeit werden zu lassen. ●

Kontakt:
lag@vernetzungsstelle.de
www.frauenbuerosin-niedersachsen.de

Behindert sexuelle Gewalt!

Prävention und Unterstützung für Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung



Jenni Vogt, Frauennotruf Hannover e.V.

Jede zweite bis dritte Frau mit Beeinträchtigung erlebt im Laufe ihres Lebens sexuelle Gewalt. Das sind doppelt so viele wie im weiblichen Bevölkerungsdurchschnitt. Frauen mit kognitiven Einschränkungen und Frauen, die in Einrichtungen leben, tragen ein erhöhtes Risiko.

In Hannover und Region leben 26.000 Frauen mit Beeinträchtigung. Setzt man diese Zahl in Bezug zu aktuellen Studienergebnissen, muss davon ausgegangen werden, dass allein in der Region Hannover um die 11.500 Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung von sexualisierter Gewalt betroffen sind.

Spezifische Barrieren im Leben von Frauen mit Beeinträchtigungen erschweren Grenzsetzungen...

Diskriminierung ist Alltagserfahrung von Frauen mit Beeinträchtigung. Ein hohes Maß an Fremdbestimmung in vielen Einrichtungen der Behindertenhilfe (wenige Auswahlmöglichkeiten einer Pflegeperson, Essenszeiten, Nahrungsmitteln, Zimmergenoss_innen etc.) fördert die Wahrnehmung der Frauen, nicht über ihre Grenzen, Wünsche und Bedürfnisse selbst bestimmen zu dürfen. Sie lernen, Gefühle von Abwehr und Unlust zu übergehen.

Gerade Pflege durch andere Menschen ist eine sehr intime Situation, aus der die Erfahrung gewonnen wird: Andere Menschen dürfen meinen Körper berühren. Vor diesem Hintergrund ist es umso schwerer, Grenzüberschreitungen in Bezug auf Berührungen als solche zu erkennen.

Kontakt:
info@allerweltsladen.de
info@kobra-beratungsstelle.de

Info:
www.frauennotruf-hannover.de
Kontakt:
j.vogt@frauennotruf-hannover.de

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. FrauenORTE Niedersachsen

Auf den Spuren bedeutender Frauen
Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. hat die Broschüre »Auf den Spuren bedeutender Frauen« in 4. Auflage herausgegeben. Sie bietet einen Überblick über die ersten 25 Frauen-ORTE Niedersachsen und lädt Interessierte ein zu Stadtpaziergängen, Theaterinszenierungen, Ausstellungen oder Lesungen. Neben dem längst vergessenen Alltäglichen kann dabei so manches bisher Unbekannte, Überraschende und Außergewöhnliche entdeckt werden.
Infos und Termine unter
www.frauenorte-niedersachsen.de

Mit uns ist zu rechnen!

Niedersächsisches Netzwerk behinderter Frauen

Ina Neufrau, Niedersächsisches Netzwerk Frauen mit Behinderung

In Niedersachsen leben knapp 300.000 Frauen mit Behinderung. Sie sind sowohl gegenüber nicht behinderten Frauen als auch gegenüber



Männern einer doppelten Benachteiligung ausgesetzt. Ihre spezifischen Bedürfnisse und Probleme werden oftmals nicht genügend erkannt und beachtet, da sie in der Menge der Menschen mit Behinderungen »untergehen«. Auch in Statistiken tauchen Frauen mit Behinderungen meist nicht als eigenständige Gruppe auf. Deshalb haben sich Frauen mit unterschiedlichsten Behinderungen im »Niedersächsisches Netzwerk Frauen mit Behinderung« zusammengeschlossen, das

Diese Faktoren begünstigen, dass Frauen mit Beeinträchtigung weniger selbstverständlich ein Bewusstsein für eigene Grenzen entwickeln oder sich weniger über ihr Recht, die eigenen Grenzen verteidigen zu dürfen, im Klaren sind. Betroffene befürchten zudem, nach einer Grenzsetzung benötigte Hilfe nicht mehr zu bekommen.

Hinzu kommt, dass sich manche Frauen durch ihre Beeinträchtigung nur schwer äußern oder verständlich machen können.

Soziale Isolation aufgrund von Unterbringung in Heimen und andere Auswirkungen gesellschaftlicher Diskriminierung erhöhen das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und wirken schwächend auf das Selbstbewusstsein von Menschen. Sie machen Frauen mit Beeinträchtigung für sexualisierte Gewalt angreifbarer.

Die Dynamiken der Benachteiligung nutzen Täter gezielt aus: Sie vertrauen darauf, dass die Frauen sich nicht wehren, nichts verraten.

Tabuisierungen der Sexualität von Menschen mit Beeinträchtigung und der Glaube, Frauen mit Beeinträchtigung würden nicht als attraktive Sexualpartnerinnen wahrgenommen, verschleiern den Blick auf das Problem: Sexuelle Gewalt hat nichts mit Erotik zu tun, sondern mit Macht und Gewalt.

Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung enttabuisieren und Prävention angehen!

Die erschreckend hohen Zahlen verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, das Unterstützungssystem für Frauen mit Beeinträchtigung auszubauen und ihr Risiko, von sexualisierter Gewalt betroffen zu sein, effektiv zu senken.

Die Frauen sind oft stärker auf Unterstützung durch professionelle Helfer_innen angewiesen, wenn sie sexualisierte Gewalt beenden oder ihre Erfahrungen verarbeiten wollen. Wirksame Prävention muss sich deshalb sowohl an Betroffene als auch an deren Unterstützer_innensystem richten.

Seit mehr als zehn Jahren macht der Frauennotruf sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderung zum Thema. Frauen mit Beeinträchtigungen und Fachkräfte können sich im »Arbeitskreis – Sexuelle Gewalt und Behinderung« vernetzen. Im Rahmen des neuen Projektes »Behindert sexuelle Gewalt!« (gefördert von Aktion Mensch) können sie von bedarfsorientierten Bildungsangeboten profitieren. ●

1994 auf Initiative des Behindertenbeauftragten des Landes gegründet wurde.

Das Netzwerk ist ein überparteiliches Gremium, das alle Frauen mit Behinderungen anspricht, die ihre selbstbestimmte Zukunft mitgestalten wollen. Die ehrenamtlich arbeitenden Netzwerksprecherinnen halten Kontakt zu Behindertenverbänden und -initiativen sowie zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und stehen als Referentinnen für Tagungen zur Verfügung.

Die Netzwerkerinnen aus ganz Niedersachsen treffen sich bis zu vier Mal im Jahr, um aktuelle Entwicklungen zu diskutieren, gemeinsame Aktivitäten zu planen und sich untereinander über »ihre« Themen auszutauschen. ●

Kontakt:
Büro des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen – Nds. Netzwerk behinderter Frauen – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover
Telefon 0511.120-4012, Fax 0511.120-99-4012